Nr. 8 - Dezember 2017

Mit aller Kraft für St. Goar!

St. Goar - aktuell -

In dieser Ausgabe:

Der Stadtrat fasste zum Jahresende zahlreiche Beschlüsse 1

Martin Philipps: Die Stadt St. Goar versorgt sich künftig mit Ökostrom 2

Michael Hubrath: Der Umbau unserer Jugendherberge wird gefördert 2

Ursula Krick: Die CDU-Stadtratsfraktion votierte für eine Fusion mit Emmelshausen 3

Sara Isabelle Scheer: Der Stadtrat beschloss einstimmig die Neuerung des Tourismusbeitrages 4

Wendelin Hoffmann: Erhard Weide wurde Nachfolger von Hubertus Jacoby als städtischer Förster 4

Der Stadtrat fasste zum Jahresende zahlreiche Beschlüsse

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung des Jahres eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefasst. Dem Stadtbürgermeister und den Beigeordneten wurde nach erfolgter Rechnungsprüfung, bei der keinerlei Beanstandungen aufgetreten waren, die einstimmige Entlastung durch das Kommunalparlament erteilt.

Als Nachfolger des langjährigen Försters Hubertus Jacoby wurde mit Erhard Weide sein Nachfolger vorgestellt, der bereits in der Vergangenheit seinen Vorgänger urlaubsbedingt vertreten hatte. Der von ihm aufgestellte Forstetat für das Jahr 2018 wurde einstimmig angenommen.

Einstimmig votierte der Rat auch für die gesetzlich gebotene Einführung eines Tourismusbeitrages, der den bisherige Fremdenverkehrsbeitrag ersetzen.

Einer durch das Gemeindeprüfungsamt geforderten Angleichung der Gebühren für die Nutzung der Grillhütten und der Rheinfelshalle wurde maßvoll einstimmig zugestimmt. Auch die Änderung des Gesamtbebauungsplanes Biebernheim und der Abriss des Aussichtsturms „Spitzer Stein" erhielten die einstimmige Zustimmung. Dass die Stadt St Goar künftig Ökostrom beziehen möchte, war ebenfalls einmütiger Beschluss.

Für eine Fusion der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel mit der Verbandsgemeinde Emmelshausen im Rahmen der anstehenden Kommunalreform votierte die CDU-Fraktion und der Stadtbürgermeister geschlossen bei sieben Gegenstimmen und einer Enthaltung aus der SPD-Fraktion.

Teilweise kontrovers wurde der durch eine Vertreterin des mit der örtlichen Bauüberwachung betrauten Planungsbüros gegebene Sachstandsbericht zum Rheinbalkon diskutiert. Laut Bericht werden die aufgetretenen technischen Probleme gelöst und mit einer Fertigstellung des Bauwerkes im Frühjahr gerechnet.

Horst Vogt

Der Stadtrat stimmte in nichtöffentlicher Sitzung der weiteren Vermietung des städtischen Gebäudes Oberstr./Sonnengasse zur Vorhaltung des Puppen- und Bärenmuseums zu.

Das Sitzungsgeld der Weihnachtssitzung wurde vollständig dem Kinderchor Rheinfels-Spatzen zur Verfügung gestellt, der fast ausschließlich mit Spenden finanziert wird.

Dem mehrfach aus beiden Fraktionen geäußerte Wunsch, trotz unterschiedlicher Meinung bei einzelnen Themen einen respektvollen Umgang untereinander zu pflegen, kam ein Ratsmitglied nicht nach.

Nachstehend wird auf einige Punkte näher eingegangen.

Martin Philipps:
Die Stadt St. Goar versorgt sich künftig mit Ökostrom

Martin Philipps

Um günstigere Lieferkonditionen für den Strom in unserer Stadt zu erreichen, nimmt die Stadt an einer Bündelausschreibung zur Stromlieferung teil.

Nun ging es um die Entscheidung welche Stromerzeugungsart gewählt werden soll. In der Vergangenheit war es klar, dass man Normalstrom wählt, da dieser deutlich günstiger war als Ökostrom und Ökostrom beim Verbraucher auch noch keine große Rolle gespielt hat. Doch diese Zeiten haben sich geändert. Der Atomausstieg ist beschlossen, der Ausstieg aus der Kohleverstromung wird derzeit heiß diskutiert und in den Köpfen der Verbraucher rückt das Thema Nachhaltigkeit in den Fokus ihres Handelns. Apropos Nachhaltigkeit, in allen Studien zur BUGA 2031 zieht sich der Begriff der Nachhaltigkeit wie ein roter Faden durch. Schon allein aus diesem Grund im Hinblick auf eine BUGA 2031 hat sich der Stadtrat für den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien entschieden.

Aber schauen wir auch einmal auf die Kosten. 2016 hatte die Stadt einen Strombedarf von 230.000 kWh. Wir sprechen also bei eventuellen Mehrkosten von maximal 0,3 Cent pro kWh netto für den Bezug von Ökostrom von maximalen Mehrkosten gegenüber Normalstrom von 820 € brutto bei Gesamtkosten von 30.000 €. Das heißt wir haben maximal 2,7 Prozent an Mehrkosten. Wie gesagt: maximal.

Jetzt muss man allerdings noch zwei wichtige Punkte beachten. Erstens, die Stadt benötigt jetzt schon weniger Strom als 2016 und wird bis 2019 durch die Umstellung unseres haupten Stromverbrauchers der Straßenbeleuchtung auf LED im Zuge der Modellstadtbaumaßnahme und der Ortsdurchfahrt von Werlau noch weniger Strom benötigen. Also wird der eventuelle Mehrbetrag nochmals deutlich geringer als 820 €.

Und zweitens ist gar nicht gesagt, dass überhaupt Mehrkosten entstehen, denn im Idealfall ist Ökostrom sogar günstiger.

Eine Stadt wie St. Goar, die gerade ein Modellstadtprojekt durchführt, welches auch eine Investition in die Zukunft darstellt, muss hier mit leuchtendem Beispiel vorangehen und in seiner Verantwortung für nachfolgende Generationen ihren Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel, dessen Folgen wir gerade im Jahr 2016 mit all den Unwettern erlebt haben, leisten. Diese Folgen haben die Stadtkasse im Übrigen weit mehr als 820 € gekostet und nur mit solchen Kosten kann man die eventuellen Mehrkosten vergleichen.

Hierzu ein Zitat von Barack Obama beim UN-Klimagipfel 2014: „Wir sind die erste Generation, die die Folgen des Klimawandels spürt und wir sind die letzte, die etwas dagegen tun kann." In diesem Sinne hat sich die CDU-Fraktion für die Erzeugungsart Ökostrom entschieden.

Michael Hubrath:
Der Umbau unserer Jugendherberge wird gefördert

Michael Hubrath

Nicht nur Monate, sondern inzwischen Jahre steht unsere einmalig schön gelegene Jugendherberge leer. Das ist für die Stadt St. Goar aus mehrfachen Gründen sehr nachteilig.

Es sind uns immer wieder Gründe genannt worden, warum sich der Umbau, der durch das Jugendherbergswerk als Bauherr in einer Einwohnerversammlung vorgestellt wurde, verzögert hat.

Jetzt hat uns Landtagsvizepräsident Hans-Josef Bracht, der sich seit Jahren für den Erhalt und den zeitgemäßen Umbau des Hauses stark gemacht hat, davon in Kenntnis gesetzt, dass laut Mitteilung der Landesregierung offenbar alle Hürden genommen seien.

Wenn es dann im kommenden Frühjahr zur Umsetzung der dringend notwendigen Maßnahme kommt, dann wäre es zwar spät, aber nicht zu spät.

Ursula Krick:
Die CDU Stadtratsfraktion votierte für eine Fusion mit Emmelshausen

Die gesetzlich gebotene Kommunalreform steht an und unsere Verbandsgemeinde hat nicht die notwendige Einwohnerzahl von 12.000, das heißt, wir müssen fusioniert werden oder freiwillig fusionieren. Letzteres hätte den Vorteil, dass wir mitreden können und eine sogenannte Hochzeitsprämie von rund 2 Millionen Euro erhalten würden. Und da drängt allmählich die Zeit.

Bei einer Fusion der Verbandsgemeinde geht es nicht darum, wo wir einkaufen oder zum Arzt gehen. Die Themen im Tal wie Wein, Tourismus, Bahnlärm, Brücke, Bundesgartenschau usw. sind keine Selbstverwaltungsangelegenheiten der Verbandsgemeinde und können natürlich auch weiterhin wie bisher gemeinsam verfolgt werden. Dafür haben wir bereits Institutionen wie den Zweckverband Oberes Mittelrheintal, die Romantische Rhein Tourismus GmbH oder die Rheintouristik Tal der Loreley.

Auch der Welterbestatus des Tals ist nicht abhängig von einer Verbandsgemeinde. Es geht eigentlich darum, welche Aufgaben eine Verbandsgemeinde überhaupt hat. Wie oft sucht der Bürger normalerweise seine Verbandsgemeindeverwaltung auf? In der Regel wohl alle 10 Jahre, um seinen Ausweis zu verlängern.

Deshalb sollte man sehr rational und emotionslos an die Sache herangehen. Seitens der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel sind viele Gespräche mit Nachbarn geführt worden. Eine Fusion nach Süden scheitert, da die Landesregierung Fusionen über bestehende Kreisgrenzen hinweg nicht akzeptiert, dasselbe gilt daher auch für eine rheinübergreifende Fusion mit St. Goarshausen. Auch das Thema Rheinböllen gehört inzwischen der Vergangenheit an. Dort wächst mit Simmern das zusammen, was zusammengehört.

Da bleiben uns nur noch Boppard und Emmelshausen, die beide selbst nicht fusionieren müssen. Tatsache ist, dass große Teile der Bopparder Ratsmitglieder nicht mit uns fusionieren wollen und sich diesbezüglich auch klar positioniert haben. Das ist auch verständlich, wenn man weiß, dass die Einheitsgemeinde Boppard, würde sie Teil einer Verbandsgemeinde werden, mit ihren rund 16.000 Einwohnern nur noch einen ehrenamtlichen Bürgermeister bekäme. Eine Abstimmung im Stadtrat Boppard würde wahrscheinlich sehr knapp – so oder so – ausfallen.

Wie Verhandlungen mit einem Partner aussehen, der einen (zu großen Teilen) nicht haben will, kann sich jeder gut vorstellen. Kann sich jemand vorstellen, dass es auf Dauer innerhalb einer Verbandsgemeinde zwei Krankenhäuser geben wird?

Die Verbandsgemeinde Emmelshausen hat in etwa vergleichbare Umlagen und Gebühren wie die unserer Verbandsgemeinde. Mit Emmelshausen ergeben sich ganz neue Entwicklungsmöglichkeiten und Synergieeffekte. Wir haben im Tal aus Platzmangel keine Chance Industrie und Gewerbe anzusiedeln, ganz anders sieht das entlang der A 61 aus. Dafür haben wir den Tourismus und auch die Chance, dass unsere Touristinfos hier im Tal auch bleiben würden. Auch ansonsten würden wir uns gut ergänzen, wir haben ein Freibad, Emmelshausen hat ein Hallenbad.

Und ein sehr wichtiges Argument für Emmelshausen ist, dass man dort auch gerne mit uns fusionieren würde. Der Verbandsgemeinderat Emmelshausen hat bereits einen dahingehenden Beschluss gefasst. Außerdem wurde bereits die Zusage gemacht, dass im Falle einer Fusion in Oberwesel jedenfalls ein Bürgerbüro und ein Fachbereich verbleiben würden.

Ursula Krick

Alle sechs Gemeinden und die Stadt St. Goar, also bis auf Oberwesel, haben sich bereits mit ihren Räten für Emmelshausen entschieden. Deshalb wird eine freiwillige Fusion mit Boppard nicht zustande kommen mit der Folge, dass auch die Hochzeitsprämie entfällt. Auch in St. Goar wurde in zwei Einwohnerversammlungen mit eindeutigen Mehrheiten für Emmelshausen votiert.

Die CDU-Fraktion im Stadtrat ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Zusammenschluss mit der Verbandsgemeinde Emmelshausen das Beste für unsere Stadt, unsere Bürgerinnen und Bürger und die Verbandsgemeinde wäre und insofern setzten wir ein Zeichen und stimmten dafür, Fusionsgespräche ausschließlich mit der Verbandsgemeinde Emmelshausen fortzuführen.

Sara Isabelle Scheer:
Der Stadtrat beschloss einstimmig die Neuerung des Tourismusbeitrages

Die Stadt St. Goar hat jährliche tourismusbezogene Ausgaben von rund 200.000 Euro.

Um die Tourismusfinanzierung dauerhaft zu gewährleisten, musste die Fremdenverkehrsbeitragssatzung an das neue Kommunalabgabengesetz angepasst werden und heißt nun Tourismusbeitrag. Diese Abgabe ist zweckgebunden.

Eine wesentliche, verpflichtende Neuerung ist die stringente Berechnungsgrundlage nach dem Umsatz.

Für eine zukunftsorientierte Aufstellung des Tourismus in St. Goar sollten neben der betrieblichen Abgabe auch ein Gästebeitrag, die Entwicklung von Zusatzgeschäften, Effizienzoptimierung und Maßnahmen- oder Projekt-bezogene Public-Private-Partnerships mit den jeweiligen Akteuren diskutiert werden.

Sara Isabelle Scheer

Wendelin Hoffmann:
Erhard Weide wurde Nachfolger von Hubertus Jacoby als städtischer Förster

Der Stadtrat hat der Neubesetzung der Revierleiterstelle des Forstreviers St. Goar durch Forstamtmann Erhard Weide als Nachfolger unseres langjährig erfolgreichen Försters Hubertus Jacoby mit Wirkung vom 1. Januar 2018 einstimmig zugestimmt.

Die CDU wünscht dem neuen Revierleiter unseres Forstes, Herrn Erhard Weide, ein erfolgreiches, insbesondere nachhaltiges Arbeiten im städtischen Wald, denn der fortschreitende Klimawandel bringt enorme Herausforderungen mit sich und verlangt einen vorausschauenden Umbau unseres Waldes, damit er überleben und von den nachfolgenden Generationen genutzt werden kann.

Auf diesem sicher nicht ganz einfachen, aber auch bestimmt spannenden Weg bieten wir dem neuen Revierleiter unsere volle Unterstützung an und freuen uns auf eine offene, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Einstimmig hat sowohl der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten als auch der Stadtrat den Forstwirtschaftsplänen für das Jahr 2018 zugestimmt, nachdem diese zuvor vom künftigen Revierleiter unseres Stadtwaldes ausführlich vorgestellt und verständlich erläutert wurden. Der Forstwirtschaftsplan sieht für das kommende Jahr einen Überschuss von rund 26.500 € vor.

Der Revierleiter begründete dabei insbesondere den beabsichtigten, stark erhöhten Einschlag in den Fichtenbeständen: Diese Baumart ist in der Mittelrheinregion am stärksten durch den fortschreitenden Klimawandel betroffen und leidet vor allem durch die insgesamt viel zu geringen Niederschläge. Infolgedessen besteht eine größere Anfälligkeit für Schädlinge. Der Borkenkäfer konnte sich unter diesen günstigen Voraussetzungen besonders stark vermehren, so dass befallene Bestände in diesem Jahr möglichst schnell gefällt und entfernt werden mussten. Deshalb sollen im Jahr 2018 auch über 1500 fm aus Fichtenbeständen gefällt werden, in denen sich mögliche „Borkenkäfer-Nester" befinden.

Wendelin Hoffmann

Ansonsten gilt in unserem städtischen Forst weiterhin das Prinzip: Es wird nur das Holz eingeschlagen, was vom Markt nachgefragt und aufgekauft wird.

Impressum:
Verantwortlich i.S.d.P.:
CDU-Stadtverband St. Goar,
Kerstin Arend-Langenbach, 1. Vorsitzende
Internet: www.cdu-stgoar.de

Redaktion:
Kerstin Arend-Langenbach, Wendelin Hoffmann, Michael Hubrath, Ursula Krick, Walter Mallmann, Martin Philipps, Gerhard Rolinger, Lilo Rolinger, Sara Isabelle Scheer und Horst Vogt
Fotos:
Fotografie Tanja Böhm